

## **Beschluss des Landrates vom 16.11.2017**

Nr. 1791

### **13. Staatsbeitrag an die Organisationen Aids-Hilfe beider Basel und Frauenoase für die Jahre 2018-2021**

2017/352; Protokoll: ps, mk

Kommissionspräsidentin **Rahel Bänziger** (Grüne) führt aus, dass die Vorlage die Unterstützung der Aidshilfe beider Basel und der Frauenoase zum Ziel habe. Die beiden Organisationen engagieren sich seit vielen Jahren im Bereich Gesundheitsförderung, Prävention und Beratung von Betroffenen. Sie leisten eine unverzichtbare Arbeit. Deshalb erhielten sie bisher vom Kanton Basel-Stadt regelmässig Subventionen. Der Regierungsrat beantragt dem Landrat einen Kredit in der Höhe von CHF 1.07 Mio. für die Jahre 2018 – 2021. Weil die beiden Organisationen Leistungen für die ganze Region anbieten, werden sie auch durch Basel-Stadt mitfinanziert. Beide Organisationen haben ein Gesuch um Weiterführung der finanziellen Unterstützung für die nächste Vierjahresperiode durch den Kanton eingereicht. Aufgrund der Finanzlage hat der Regierungsrat nach Möglichkeiten gesucht, den Staatsbeitrag zu reduzieren. Er kam zum Schluss, dass gegenüber der Vorperiode eine Reduktion der Abgeltung für die Aidshilfe um CHF 8'000 pro Jahr möglich sei. Betroffen davon sind die Schuleinsätze, die in den letzten Jahren eine sinkende Nachfrage aufweisen. Eine weitere Reduktion sei nicht möglich, ohne wichtige Dienstleistungen der Organisation zu gefährden. Die Unterstützung der Frauenoase wird auf dem gleichen Niveau weitergeführt. Jährlich betragen die Subventionen CHF 192'000 für die Aidshilfe und CHF 75'000 für die Frauenoase. Das Eintreten war bei allen Fraktionen unbestritten. Die VGK hat zur Kenntnis genommen, dass die Herausforderungen im Umgang mit HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen nach wie vor gross sind und entsprechende Massnahmen im Bereich der Aufklärung und Betreuung erfordern.

In der Region Basel sind die Neudiagnosen von HIV zwar rückläufig, aber andere Krankheiten wie Syphilis, Gonorrhöe und Infektionen mit Chlamydien haben stark zugenommen. Nur durch rechtzeitige Entdeckung und Behandlung kann die Ausbreitung der Krankheiten gestoppt werden. Dazu sind fortdauernde Anstrengungen bei der Informationsvermittlung und Beratung sowie diverse Kampagnen nötig. Die vom Regierungsrat beantragte Kürzung bei der Aidshilfe wird zu einem Abbau von Stellenprozenten führen.

Die Frauenoase wird von Frauen am Rand der Gesellschaft aufgesucht. Häufig sind es Obdachlose, oftmals Drogenabhängige, die sich zur Finanzierung ihrer Sucht prostituieren müssen. Seit 2015 sind die Frauen aus dem Baselbiet deutlich stärker vertreten. Die im Leistungsauftrag vereinbarte Mindestzahl von 12 Frauen pro Jahr wird regelmässig übertroffen. Die Frauenoase bietet Betreuung und medizinische Versorgung. Die Frauen erhalten zu essen, können sich ausruhen und ihre Kleider waschen sowie sich mit gewissen Utensilien wie sauberen Spritzen und Kondomen etc. eindecken.

Die VGK würdigt den grossen Einsatz beider Organisationen. Lobenswert wurde hervorgehoben, dass die beiden Organisationen grosse Anstrengungen unternehmen, ihre Mittel dank Spenden zu erweitern. Eine Fraktion stellte den Antrag, auf die Kürzung der Mittel für die Aidshilfe um CHF 8'000 zu verzichten. Ein anderes Kommissionsmitglied beantragte, dass diese Mittel zweckgebunden für Präventionsarbeit zu verwenden seien. Dieser Antrag wurde in der Kommissionsberatung mit 7:5 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Die VGK beantragt dem Landrat mit 13:0 Stimmen, gemäss beiliegenden unveränderten Landratsbeschluss zu beschliessen.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung*

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) hält fest, dass die Nummerierung der Ziffern angepasst werden müsse.

*Titel, Ingress*

Keine Wortmeldungen.

*Ziff. 1, Bst. a*

**Lucia Mikeler** (SP) stellt den Antrag, dass die CHF 8'000 pro Jahr nicht gekürzt werden. Die Schulen können im Aufklärungsbereich selber wählen, wen sie für diese Aufgabe beiziehen wollen. Nicht alle Schülerinnen und Schüler diskutieren gerne mit ihren Lehrpersonen über das Thema, und das Gleiche gilt umgekehrt. Eine gewisse Anonymität ist hilfreich und wahrscheinlich auch wirksamer. Es ist bekannt, dass Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 16- 25 Jahren die meistbetroffene Gruppe von sexuell übertragbaren Infektionen sind. Es erscheint wichtig, Aufklärungsarbeit zu leisten und die Schulen vermehrt darauf aufmerksam machen, dass es das Angebot der Aidshilfe gibt. In Lehrerkreisen ist zu hören, dass Aufklärung kaum angeboten werde oder die Lehrpersonen nicht recht wissen, wie sie das tun sollen. Das Angebot könnte ausgebaut und die CHF 8'000 dafür eingesetzt werden. Es geht nicht nur um Aidsprävention, sondern um alle sexuell übertragbaren Krankheiten. In jüngster Zeit haben Syphilis und Gonorrhöe massiv zugenommen. Weit gefährlicher ist die Chlamydieninfektion, die oft mit diffusen Symptomen verläuft. Die Auswirkungen können schwerwiegend sein, so kann eine hohe Infertilität bei Frauen und Männern auftreten. Unfruchtbarkeit bringt neben grossem Leid auch hohe Kosten im Gesundheitswesen. Die ersten Basisabklärungen bei Unfruchtbarkeit sind kassenpflichtig. Der Steuerzahler zahlt diese mit. Künstliche Befruchtungen müssen von den Betroffenen selber bezahlt werden. Zurzeit läuft bei der Aidsstelle in Zusammenarbeit mit der Frauenoase ein Pilotprojekt, finanziert mit Spendengeldern. Es geht um Sexberaterinnen. Auch dort könnten die CHF 8'000 gut eingesetzt werden. Es ist fraglich, ob die Spendengelder auch in den nächsten Jahren fliessen werden. Es gibt eine Möglichkeit, die Übertragung von Krankheiten massgeblich zu kontrollieren, zu verhindern und auch zu behandeln. Die Votantin bittet um Unterstützung ihres Antrags. Es ist ein grosses Anliegen, in die Prävention zu investieren. Die spätere Behandlung der Krankheiten ist viel teurer. Im Gesundheitswesen werden Millionen Franken für neue Spitalformen, Lehre und Forschung ausgegeben – was nützen die, wenn nicht bei den einfachsten Institutionen angefangen wird?

**Sven Inäbnit** (FDP) nimmt Stellung zum Antrag der Wiederaufstockung für die Aids-Hilfe. In der Kommission wurde dies fundiert besprochen. Die CHF 8'000 pro Jahr fallen weg, weil die Nachfrage der Schulen für diese Dienstleistung nicht gegeben ist. Es wurde nun vorgeschlagen, die Aid-Hilfe solle diese den Schulen quasi wieder aufdrängen. Das kann es nicht sein. Die Schulen sollen selber nachfragen, wenn sie den Bedarf verspüren. Anscheinend ist der Bedarf aber auch heute, dank anderer Aufklärungsmittel (und der Orientierungsflut in den Medien), nicht mehr so nötig, wie es vor einiger Zeit noch war. Deshalb bringt eine Aufstockung nichts, denn die Mittel werden gar nicht gebraucht. Einverstanden ist der Votant mit der Analyse von Lucia Mikeler in Bezug auf die Verlagerung der Krankheitsbilder von Aids zu anderen sexuell übertragbaren Krankheiten. Der Witz ist jedoch, dass die Aids-Hilfe selber bestimmen kann, wofür die Mittel ausgegeben werden und es deshalb nicht nötig ist, präventiv CHF 8'000 aufzustocken. Natürlich ist der Betrag klein; er ist aber wiederum so klein, dass er gar nichts bringt. Damit werden auf jeden Fall die Gesundheitskosten z.B. bezüglich Infertilität nicht signifikant beeinflusst.

Die FDP folgt deshalb der Regierung, die in ihrer fundierten Vorlage die Reduktion sinnvoll begründet hat. Ansonsten stimmt die FDP den Beiträgen zu, sowohl den jährlich CHF 192'000 für die Aids-Hilfe als auch den CHF 75'000 für die Frauenoase.

**Beatrix Bürgin** (SVP) unterstützt namens ihrer Fraktion das grosse Engagement der Aids-Hilfe beider Basel. Wie dem Kommissionsbericht entnommen werden konnte, wurde das Leistungsziel im Bereich Informationsveranstaltungen an den Schulen und Fachberatungen deutlich nicht erreicht. Der für die Aids-Hilfe zugewiesene Betrag ist aus Sicht der SVP-Fraktion gerechtfertigt. Sie wird den Antrag nicht unterstützen.

**Marie-Theres Beeler** (Grüne) sagt, dass die Fraktion EVP/Grüne den Antrag von Lucia Mikeler unterstützen werde. Es geht nicht um die 8'000 Fränkli und die geringere Nachfrage bei den Schulen. Das ist die Begründung des Regierungsrats, um diesen Betrag streichen zu können, indem er sagt, dass die Nachfrage nicht mehr bestehe. In der Vorlage steht zu lesen, dass die Aids-Hilfe sehr wohl Präventionsarbeit leistet, im Moment aber weniger in den Schulen, sondern bei neuen Zielgruppen. So wird z.B. mehr in die Aufklärung von Sexarbeiterinnen investiert, es gibt neue Projekte zur Prävention bei Menschen mit Migrationshintergrund, wofür die Aids-Hilfe mittels Spenden selber die Mittel generiert. Es ist dafür aber noch längst nicht alles Geld zusammen, um sie auf die Reihe bringen zu können. Es ist also lächerlich, wenn man der Aids-Hilfe diesen Betrag streicht, weil sie in der Schule etwas weniger ausgegeben hat, ohne zu berücksichtigen, welches die neuen Aufgaben sind, die eine innovative, engagierte Institution angeht. Eine Institution, die 40 Prozent ihrer Kosten für Projekte im Dienste der Öffentlichkeit selber generiert und nicht bei den Kantonen abholt. Die Votantin bittet dringend darum, die Institution, die mit so wenig Mittel so viel erreicht, nicht abzustrafen und den Antrag zu unterstützen.

**Jan Kirchmayr** (SP) bricht eine Lanze für den Antrag seiner Fraktionskollegin Lucia Mikeler. Es ist sicher auch eine Aufgabe der Schulen, die Prävention zu sich zu holen. Es ist aber ebenso eine Aufgabe, dass die Prävention angeboten wird. Es wäre zu wünschen, dass es auch weiterhin eine solche Offensive der Aids-Hilfe beider Basel gibt. Sven Inäbnit hatte gesagt, man könne sich auch übers Internet informieren. Es ist aber bekannt: Googelt man nach Halsweh, stösst man plötzlich auf eine Geschlechtskrankheit – oder umgekehrt. Das ist für den Votanten keine Aufklärung, denn im Internet wimmelt es von Fake News; es gibt dort eine wahre Flut an falschen Informationen. Das ist aber nicht das, was die Schülerinnen und Schüler mitbekommen sollten. Deshalb sind die CHF 8'000 auch so wichtig. Wie viel gewinnt man damit, wenn heute in der Prävention etwas Geld gespart wird? Und wie viel muss später über Gesundheitskosten wieder zurückgezahlt werden?

**Mirjam Würth** (SP) greift die Anmerkung von Sven Inäbnit auf, der gesagt hatte, dass man sich ja so gut übers Internet informieren könne. Dann bleibt aber unerklärlich, weshalb es pro Jahr 800 zusätzlich erkrankte Menschen in diesem Bereich gibt. Viele nutzen zwar die neuen Medien, aber ganz offensichtlich so ineffizient, dass damit Neuerkrankungen nicht verhindert werden. Es wird hier über etwas gestritten, das mehrere Millionen kostet und den grössten Teil des Budgets auffrisst. Diese Haltung ist wirklich klein-klein. Die Votantin macht sich stark, die CHF 8'000 nicht zu streichen.

**Christine Gorrengourt** (CVP) weist auf das Problem hin, dass HIV-Ansteckungen in den letzten zehn Jahren stetig abgenommen haben, doch in den letzten zwei Jahren wieder zunehmen. Zudem sind Zunahmen von Geschlechtskrankheiten zu beobachten. Schulen priorisieren, sie haben nicht unbeschränkte Zeitgefässe zur Verfügung. Alkohol, Drogen und Mobbing stehen heute im Vordergrund; Aids steht nicht mehr an erster Stelle. Es besteht die Meinung, dass die Krankheit nicht mehr so schlimm sei, weil es dagegen Medikamente gibt. Aber das ist trügerisch, denn sie ist

wieder auf dem Vormarsch. Aus menschlicher Sicht und auch aufgrund steigender Gesundheitskosten sind Komatrinken, Drogenkonsum und Mobbing sicher schlimm und bedeutsam. Nicht nur schlimm, sondern auch tragisch sind aber die enormen Kosten und die menschliche Tragik, die mit HIV-Infektionen und anderen Geschlechterkrankungen einhergehen. Die Votantin hat 4 von 17 Schulstandorte angefragt, wo man ihr mitgeteilt hatte, dass die drei genannten Themen punkto Prävention im Vordergrund stehen. Man könne aber, so hiess es weiter, nicht mehr machen, weil dafür die Gefässe nicht existieren. Eine Schule liess wissen, dass man die Bearbeitung den Lehrern überlasse, eine andere sagte, dass man das Angebot der Aids-Hilfe dringend benötige, weil man nicht wisse, wie man es sonst umsetzen solle.

Auf der Aidsprävention für die Sekstufe sollte man aus Kostengründen ausdrücklich und zwingend bestehen. Wer in diesem Saal hat schon einmal mit seinen Kindern «ernsthafte Gespräche» über Sexualität, Verhütung etc. geführt? In den letzten Jahren wurde diese Thematik im Rahmen der Aidsprävention abgedeckt. Das macht Sinn, denn der Biologielehrer ist vermutlich auch nicht die richtige Person, um über «Frust bei der Lust» zu referieren. Und in den sozialen Medien geistern haufenweise Falschmeldungen herum, wie jene, dass man einem HIV-Infizierten keine Hand geben dürfe. Man sollte also bei diesem Antrag auch an die Volksgesundheit denken – und dafür ist die Politik zuständig.

**Regina Werthmüller** (parteilos) möchte namens der glp/GU-Fraktion dem Antrag von Lucia Miker folgen. Die CHF 8'000, die eingespart werden sollen, sind vermutlich der Tatsache geschuldet, dass mit HarmoS die Sekundarschule nur noch drei Jahre dauert. Dadurch sind möglicherweise die Lehrer mehr mit Themen wie Gewaltprävention beschäftigt und es reicht Zeit nicht mehr, um andere Themen zu behandeln. Der Aids-Hilfe sollte nochmals eine Chance gegeben werden, ihr Angebot neu, vielleicht anders aufzugleisen, damit wieder mehr Schulen einen Grund sehen, sich daran zu beteiligen und dem Thema das ihm zustehende Gewicht zu geben.

**Paul Wenger** (SVP) hat an der Diskussion etwas sehr verwundert. Die Rede ist von Aids-Prävention. Offenbar ist aber das Thema Geschlechtskrankheit geradezu explodiert. Weiss jemand in diesem Saal eine plausible Erklärung dafür, weshalb es zu einer Versiebenfachung gekommen ist? Welche Ursachen hat das?

**Sven Inäbnit** (FDP) schickt eine kurze Antwort auf Paul Wengers Frage voraus: Ein Grund ist, dass mehr Untersuchungen stattfinden und dadurch auch mehr Diagnosen gestellt werden. Es handelt sich zum Teil um sogenannte stille Infektionen, die nie zum Ausbruch gekommen sind. Deshalb sind die Zahlen heute viel höher als noch vor ein paar Jahren.

Nun soll aber noch ein Irrtum aufgeklärt werden: Es ist keineswegs so, dass die Schulen nicht mehr auf das Angebot der Aids-Hilfe beider Basel zurückgreifen können. Es ist die Nachfrage, die nicht mehr da ist. Warum sollte, wenn diese ausbleibt, der Institution noch Geld gegeben werden, damit sie Nachfrage generiert? Sie kann sie auch gar nicht generieren, da es sich nicht um eine staatliche Institution handelt, die ähnlich einer Amtsstelle der Bildungsdirektion den Schulen vorschreiben kann, was sie zu tun haben. Der Votant ist überzeugt, dass bei einem entsprechenden Bedarf die Aids-Hilfe die Beschulung wieder anbieten wird, so dass man bei der nächsten Leistungsperiode dem Rechnung tragen wird. Dieses Angebot aber vorzuschreiben, obschon keine Nachfrage besteht, ist der falsche Weg.

Zu Jan Kirchmayr: Es geht nicht darum, dass Social Media die Präventionsarbeit ersetze; aber sie soll sie ergänzen. Es existieren Gefässe an den Schulen, um sich in diesem Rahmen damit ernsthaft zu befassen. Es ist niemand genötigt, sich stattdessen mit Fake News zuzumüllen. Wenn jemand aber sich informieren möchte, gibt es heute ganz andere Wege, an Informationen zu gelangen, als dies noch vor ein paar Jahren der Fall war.

**Lucia Mikeler** (SP) zu Sven Inäbnit, der richtigerweise darauf hingewiesen hatte, dass Social Media eine Ergänzung darstelle. Diese Aussage schliesst ja mit ein, dass primär «face to face» informiert werden sollte. Dies widerspricht jedoch seinen Schlussfolgerungen.

Warum nehmen die Zahlen so stark zu? Das sind eben die Auswirkungen nachlassender Prävention: Man praktiziert heute nicht mehr Safer Sex, sondern denkt, dass Aids quasi obsolet und vor allem heilbar sei. Die Gefahr ist, dass man dabei lasch wird und sich nicht mehr ausreichend schützt. Gerade aber Chlamydien tragen möglicherweise (unbemerkt) jede und jeder Fünfte in sich – denn man hat ja nicht das ganze Leben monogam gelebt. *[Gelächter]* Hat man sich diese Bakterien aber einmal eingefangen, sind sie sehr hartnäckig. Man kann sie mit Antibiotika behandeln. Aber wenn man es nicht weiss (weil man es nicht spürt), tut man es nicht.

*://:* Der Landrat lehnt den Antrag von Lucia Mikeler mit 40:34 Stimmen ab.

*Ziff. 1, Bst. b*

Keine Wortmeldung.

*Ziff. 2*

Keine Wortmeldung.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung*

*://:* Dem Landratsbeschluss wird einstimmig, bei einer Enthaltung, zugestimmt.

### **Landratsbeschluss**

#### **über den Staatsbeitrag an die Organisationen Aids-Hilfe beider Basel und Frauenoase für die Jahre 2018-2021**

*vom 16. November 2017*

*Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:*

1. *Für die Jahre 2018-2021 wird ein Sammelkredit von insgesamt CHF 1'068'000 für die Fortführung der Leistungsvereinbarungen mit der Aids-Hilfe beider Basel (AHbB) und dem Verein Frau Sucht Gesundheit (Frauenoase) bewilligt. Der Sammelkredit wird wie folgt auf die beiden Organisationen aufgeteilt:*
    - a. *Der Staatsbeitrag 2018-2021 an die Aids-Hilfe beider Basel beträgt CHF 768'000 (CHF 192'000 pro Jahr).*
    - b. *Der Staatsbeitrag 2018-2021 an die Frauenoase beträgt CHF 300'000 (CHF 75'000 pro Jahr).*
  2. *Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt gemäss § 31 Absatz 1 Buchstabe b der Kantonsverfassung der fakultativen Volksabstimmung.*
-